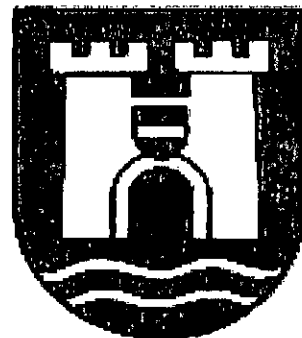


Kopie

Subbeilage



VEREINBARUNG betreffend Zuschuss

abgeschlossen zwischen

Land Oberösterreich,
Klosterstraße 7, 4020 Linz
(in der Folge "Land" genannt)

und

Stadt Linz,
Hauptstraße 1-5, 4041 Linz
(in der Folge "Stadt" genannt)

und

Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs- Aktiengesellschaft

FN 92191 a,
Rotenturmstraße 5-9, 1010 Wien
(in der Folge "ASFINAG" genannt)

andererseits

wie folgt:

A|S|F|i|N|A|G

PRÄAMBEL

Die ASFINAG beabsichtigt die Errichtung einer neuen Anschlussstelle an der A7 Mühlkreis Autobahn aufgrund der geplanten Entwicklung im Bereich Linz Auhof, zwischen den Anschlussstellen Dornach und Treffling mit der Arbeitsbezeichnung "Anschlussstelle Linz/Auhof". Das Land und die Stadt beabsichtigen durch die Gewährung eines finanziellen Zuschusses die zeitnahe Realisierung dieser zu sichern.

Vor diesem Hintergrund schließen die Vertragsparteien folgende Vereinbarung:

I.

I.1. Projekt

Die geplante Anschlussstelle "Linz/Auhof" wird auf Basis des beiliegenden Vorprojektes, Beilage /2 welches ein integrierender Bestandteil der gegenständlichen Vereinbarung ist, vorbehaltlich von behördlichen Auflagen und Vorgaben errichtet. Es wird gemäß Einreichunterlagen eine Vollanschlussstelle geplant. Auch sämtliche Behördenverfahren werden für die Errichtung einer Vollanschlussstelle durchgeführt. Die bauliche Errichtung erfolgt vorerst nur in Form einer Halbanchlussstelle.

I.2. Zuschuss/Höhe und Fälligkeit

Das Land und die Stadt leisten jeweils einen einmaligen, nicht umsatzsteuerbaren Zuschuss in der Höhe von je EUR 2,5 Mio an die ASFINAG auf das Bankkonto Nr. 90013306, bei der BAWAG PSK, BLZ 60000 (in Summe somit EUR 5,0 Mio). Der Zuschuss wird in jeweils zwei gleich hohen Raten überwiesen.

Die 1. Rate in Höhe von je EUR 1,25 Mio ist bis spätestens 6 Monate nach Eintritt der Rechtskraft des § 4 BStG Bescheides, nicht jedoch vor Baubeginn der Anschlussstelle, die 2. Rate in Höhe von je EUR 1,25 Mio binnen weiterer 12 Monate ab Baubeginn, nicht jedoch vor Verkehrsfreigabe der Anschlussstelle, an die ASFINAG zu überweisen. Der Zeitpunkt des Vorliegens des rechtskräftigen Bescheides, des Baubeginns sowie der Verkehrsfreigabe wird von der ASFINAG an die übrigen Vertragspartner bekannt gegeben.

Werden die jeweiligen Zahlungen nicht bis längstens vier Wochen nach Fälligkeit bezahlt werden Verzugszinsen in Höhe von 8% über dem Basiszinssatz verrechnet.

I.3. Behördenverfahren

Land, Stadt und ASFINAG verpflichten sich, alle im Zusammenhang mit der Anschlussstelle notwendigen Schritte so rasch als möglich einzuleiten und einander dabei bestmöglich zu unterstützen.

I.4. Zustimmung/Information

ASFINAG, Land und Stadt informieren einander zeitnah über wesentliche, die Anschlussstelle betreffende Ereignisse und Projektstände.

Der Ausbau der Halbanchlussstelle zur Vollanschlussstelle ist mit der Stadt einvernehmlich abzustimmen.

II. Wiederherstellung des Gemeindestraßennetzes

Die aus beiliegendem Lageplan ersichtliche rot markierte Verkehrsverbindung zwischen der Altenberger Straße und der LB 125 wird im Zuge der Bauarbeiten unterbrochen und in der in den Projektunterlagen dargestellten Form wieder hergestellt. Mit projektgemäßer Fertigstellung wird es vom Land, nach schriftlicher Bekanntgabe der Fertigstellung der Gebrauchstauglichkeit durch die ASFINAG, in die Erhaltung übernommen.

III. Sonstige Bestimmungen

(1) Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Vertrags bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform, dies gilt auch für ein Abgehen von diesem Formerfordernis. Alle aus früherer Zeit allenfalls noch bestehende, den Gegenstand dieses Vertrages betreffende, mündliche oder schriftliche Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien werden durch diesen vorliegenden Vertrag aufgehoben.

(2) Sollte eine Bestimmung des Vertrags aus irgendeinem Grund nichtig oder ungültig sein, ändert dies nichts an der Rechtsgültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen. Die Vertragsparteien kommen überein, gegebenenfalls jeweils nichtige oder ungültige Vertragsbestimmungen durch eine solche zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Inhalt der nichtigen oder ungültigen Vertragsbestimmung möglichst nahe kommt.

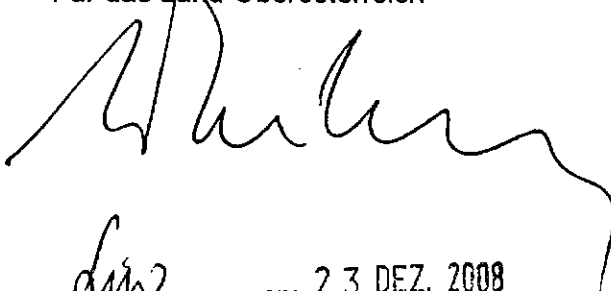
(3) Diese Vereinbarung unterliegt unter Ausschluss der Kollisionsnormen österreichischem Recht.

(4) Für sämtliche Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertrag vereinbaren die Vertragsparteien die ausschließliche Zuständigkeit des je nach dem Streitwert für Handelssachen zuständigen Gerichtes in 1010 Wien.

(5) Sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag gehen auf die jeweiligen Rechtsnachfolger über. Sofern der Rechtsübergang nicht aufgrund des Gesetzes erfolgt, verpflichten sich die Vertragsparteien, diese Rechte und Pflichten auf ihre Rechtsnachfolger zu überbinden.

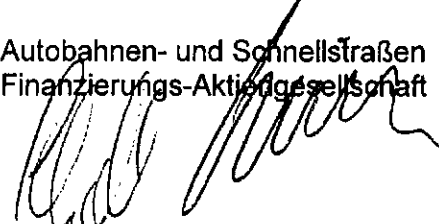
Linz, am 16.10.08

Für das Land Oberösterreich



Wien, am 15.12.2008

Autobahnen- und Schnellstraßen
Finanzierungs-Aktiengesellschaft



Linz, am 23. DEZ. 2008

Für die Stadt Linz



Anlagen: /1 Sideletter
/2 Lageplan

Side-letter

zur Vereinbarung betreffend Zuschuss zur Errichtung einer neuen Anschlussstelle an der A7
Mühlkreis Autobahn im Bereich Linz Auhof von km 15,448 – km 16,466
abgeschlossen zwischen Land Oberösterreich, Stadt Linz und ASFINAG
(in der Folge "Zuschussvereinbarung" genannt)

(1) Die Gesamtkosten (Planung, Bau, Grundeinlöse) für die "Anschlussstelle Linz/Auhof" werden auf EUR 8,1 Mio. (inkl. USt.) geschätzt. Das Land und die Stadt (beide zusammen auch: Zuschussgeber) verpflichten sich einen Zuschuss in der Höhe von maximal je EUR 2,5 Mio zu leisten.

(2) Allfällige Kostenüberschreitungen von bis zu 10 % der geschätzten Gesamtkosten werden von der ASFINAG getragen. Sollten die geschätzten Gesamtkosten jedoch um mehr als 10 % überschritten werden, verpflichtet sich die ASFINAG sofort nach Bekannt werden dieser Kostenüberschreitung das Land und die Stadt darüber zu informieren. Es ist eine einvernehmliche vertragliche Lösung zu treffen wie alle anfallenden Gesamtkostenüberschreitung (inkl. der ersten 10%) zwischen den Vertragsparteien aufgeteilt werden. Bis zu dieser einvernehmlichen Lösung werden alle Planungs- oder Bauarbeiten unterbrochen.

(3) Die Schlussrechnung dieses Projektes erfolgt nach Fertigstellung und Übernahme der "Anschlussstelle Linz/Auhof" von der ausführenden Firma durch die ASFINAG.

(4) Die ASFINAG wird die Schlussrechnung überprüfen und Kopien davon an das Land und die Stadt übermitteln. Allfällig daraus resultierende Minderkosten, d.h. unter den geschätzten Gesamtkosten von EUR 8,1 Mio, verpflichtet die ASFINAG zur entsprechenden anteiligen Refundierung bereits geleisteter Zuschüsse an die Zuschussgeber.

(5) Förderungsbedingungen

5.1. Das bezuschusste Vorhaben ist zur Gänze durchzuführen. Der Zuschussbetrag ist im Rahmen der eingesetzten Gesamtmittel wirtschaftlich, sparsam und nur für den Zweck zu verwenden, für den er gewährt wurde.

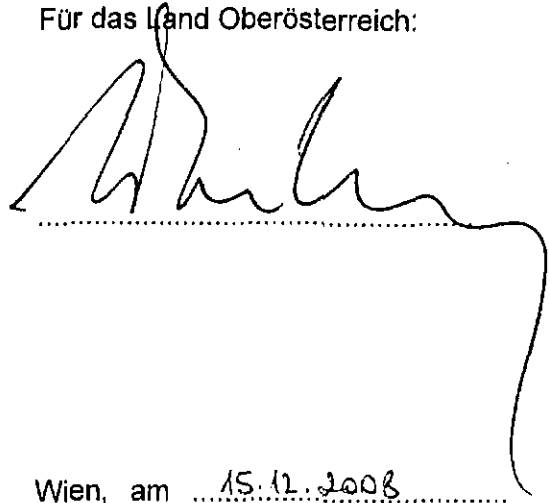
5.2. Die ASFINAG hat gegebenenfalls die nachstehend angeführten und darüber hinaus erteilten Bedingungen, Auflagen oder Fristen einzuhalten bzw. zu erfüllen:

5.2.1. dem Zuschussgeber ist innerhalb angemessener Frist Einsicht in die projektbezogenen Unterlagen zu gewähren ;

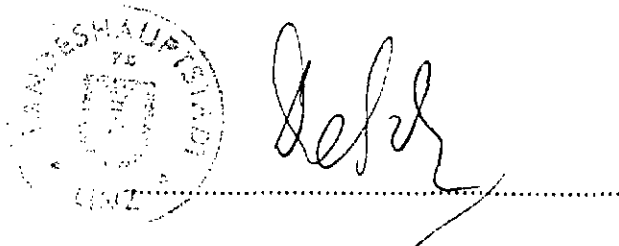
5.2.2. Wird die Durchführung bzw. Abwicklung des bezuschussten Vorhabens zur Gänze oder teilweise an Dritte übertragen, ist sicher zu stellen, dass die sich auf die Durchführung und Abwicklung des Vorhabens sowie auf die Kontrollrechte der Zuschussgeber beziehenden Bestimmungen an den oder die Vertragspartner überbunden werden.

5.2.3. Den Organen oder Beauftragten der Zuschussgeber (zB. Oö. Landesrechnungshof, ...) und der EU ist Einsicht in die Bücher und Belege sowie in sonstige der Überprüfung des Vorhabens dienende Unterlagen und die Besichtigung an Ort und Stelle zu gestatten und sind die erforderlichen Auskünfte zu erteilen bzw. durch geeignete Auskunftspersonen erteilen zu lassen.

Linz, am 16.1.08
Für das Land Oberösterreich:



Linz, am 23. DEZ. 2008
Für die Stadt Linz:



Wien, am 15.12.2008
Für die ASFINAG:

